

Klassenfahrt | 21.09.2023 | Nr. 311/23

Martin Balasus: TOP 21: Das Land übernimmt Lehrerkosten für Klassenfahrten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich sollte ich Ihnen nur kurz das Stichwort „Klassenfahrt!“ zurufen – und Ihnen dann erst einmal einige Minuten geben, um sich in Ihre Jugend zurückzuträumen. So viel Redezeit habe ich leider nicht, deshalb jetzt die Essenz:

Klassenfahrten gehören ganz sicher zu den Highlights einer jeden Schullaufbahn. Viele von uns schwelgen noch Jahre und Jahrzehnte später in Erinnerungen: Die Brocken-Wanderung im dichten Nebel, die Wildwasser-Kanu-Tour, bei der natürlich der eine oder die andere baden ging, oder der laue Sommerabend über den Dächern von Rom oder Barcelona.

Dabei entdeckten wir nicht nur den besuchten Ort. Insbesondere lernten wir uns selbst und unsere Mitschülerinnen und Mitschüler und auch unsere Lehrerinnen und Lehrer neu kennen, übernahmen zusammen Verantwortung, bewältigten Aufgaben im Team oder wendeten unsere Fremdsprachenkenntnisse erstmals in der Praxis an.

Nach zwei bis drei Jahren der Corona-Entbehrung, in denen Isolation das Miteinander ersetzte, ist es umso wichtiger, dass Schülerinnen und Schüler heute Klassenreisen, Wandertage und Partnerschaftsaustausch erleben dürfen. Geben wir Ihnen die Chance, die wir hatten und viele anderen Schülergenerationen vor ihnen ebenfalls.

Anders als Sie in Ihrem Antrag suggerieren, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ist es nicht üblich, dass Eltern für die Reisekosten der Lehrkräfte aufkommen müssen.

Selbstverständlich haben Lehrkräfte einen Anspruch auf Erstattung der notwendigen Ausgaben gegenüber ihrem Dienstherrn, dem Land.

In den Haushaltsplänen des MBWFK standen 2022 insgesamt knapp 1,8 Millionen Euro dafür bereit, wovon knapp 1,4 Millionen Euro tatsächlich abgerufen wurden. Die vorhandenen Mittel werden nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz auf die Schulen verteilt. Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe werden ihre Budgets einzeln zugewiesen, die Schulämter bekommen ein Gesamtbudget für ihre jeweiligen Schulen.

Einzelne Schulen im Land klagen darüber, das ihnen zugewiesene Budget sei zu niedrig. Einige Eltern gründen Initiativen, um Geld für die Reisekostenerstattung der Lehrkräfte zu sammeln.

Die Tatsache, dass die vorhandenen Haushaltsmittel aber nicht einmal ausgeschöpft wurden, weist doch auf ein Problem hin, das Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, mit ihrem Antrag gar nicht adressieren: Einige Schulen machen zu wenige Wandertage und Reisen und nutzen ihr Budget nicht aus. Andere Schulen überschreiten aber ihr Budget.

Jede einzelne Klassenreise und jeder Wandertag sind für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler ein wertvolles Erlebnis. Im Sinne von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung sollten wir uns zunächst die Frage stellen, woran es liegt, dass einige Schulen davon weniger Gebrauch machen als andere. Ist eine bessere Koordination möglich, ohne Schulleiterinnen und Schulleiter sowie die Schulämter mit neuer Bürokratie zu belasten?

Diese Fragen sollten wir zu beantworten versuchen, statt die realen Probleme zu verkürzen, damit Sie mit knackigen Überschriften in der Zeitung landen.

Natürlich ist es so, dass die allgemeinen Kosten inflationär bedingt in den letzten Jahren gestiegen sind. Und dies hat natürlich auch Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, so auch auf die Planungen von Klassenreisen. Aus diesem Grund wollen wir, dass die Kostensteigerungen ausgewertet und Anfang 2024 im Bildungsausschuss berichtet werden. Und natürlich wollen wir damit feststellen, ob das Gesamtbudget noch auskömmlich ist oder ob Anpassungen – und in welcher Höhe – erforderlich sind.

Eine Kostenübernahme aber durch eine Elternumlage ist, Herr Habersaat, bereits heute nicht zulässig. Und da hat das Ministerium auch nichts geändert!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.